



Rahmenvertrag
Transportdienstleistungen für
die Wanderausstellung
“bunt statt blau“

Vergabenummer: 1005019

zwischen der

DAK-Gesundheit

Nagelsweg 27 – 31

20097 Hamburg

(Auftraggeber - im Folgenden „**DAK-Gesundheit**“ genannt)

und

(Auftragnehmer - im Folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt)

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Gegenstand dieses Vertrages ist die gewerbsmäßige Erbringung von Transportdienstleistungen.
- (2) Einzelheiten zu Art, Umfang und Inhalt der Leistung ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage B1**), dem Preisblatt (**Anlage B3**) und dem eingereichten Konzept. Die Vorgaben der Leistungsbeschreibung sind maßgeblich und durch den Auftragnehmer zwingend einzuhalten.
- (3) Da die Menge der tatsächlich übergebenen Sendungen vom tatsächlichen Bedarf der DAK-Gesundheit und damit vom Einzelfall abhängig ist, kann eine Abnahme überhaupt oder in einem bestimmten Umfang nicht garantiert werden. Insofern besteht keine Abnahmeverpflichtung der DAK-Gesundheit. Der Auftragnehmer hat bei einem Nichtabruf (überhaupt oder in der Menge) keinen Anspruch auf Vergütung oder Entschädigung.

§ 2 Gewerbliche Güterkraftverkehr-Erlaubnis und sonstige Leistungsvoraussetzungen

- (1) Der Auftragnehmer muss während der gesamten Vertragslaufzeit über eine gewerbliche Güterkraftverkehr-Erlaubnis nach § 3 Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) verfügen, es sei denn eine Erlaubnis ist nach dem GüKG nicht erforderlich. Sofern der Auftragnehmer für die Leistungserbringung ganz oder teilweise Unterauftragnehmer und/oder kooperierende Unternehmen einsetzt, müssen diese gleichfalls über eine gewerbliche Güterkraftverkehr-Erlaubnis verfügen, es sei denn eine Erlaubnis ist nach dem GüKG nicht erforderlich. Sollten die vom Auftragnehmer eingesetzten Unterauftragnehmer bzw. mit ihm kooperierenden Unternehmen nicht bzw. nicht mehr über eine gewerbliche Güterkraftverkehr-Erlaubnis verfügen, obwohl die Voraussetzungen für das Erfordernis einer solchen Erlaubnis vorliegen, darf der Auftragnehmer den Unterauftragnehmer bzw. das/die kooperierende/n Unternehmen nicht mehr einsetzen. Auf Verlangen der DAK-Gesundheit muss der Auftragnehmer das Vorhandensein entsprechender Erlaubnisse durch Vorlage einer Kopie nachweisen.
- (2) Der Auftragnehmer versichert, dass er die beschriebenen Leistungen ordnungsgemäß gewährleisten kann, dass er insbesondere über die erforderlichen technischen und

persönlichen Voraussetzungen verfügt, um dem Auftrag, in vollem Umfang nachkommen zu können. Gleichfalls versichert der Auftragnehmer, dass die von ihm eingebundenen Nachunternehmer während der gesamten Vertragslaufzeit über die erforderliche Eignung verfügen und die für den Bieter geltenden vertraglichen Pflichten (insbesondere Einhaltung der Vorgaben zum Postgeheimnis und Datenschutz, Zahlung des Mindestlohns und Tariftreue, etc.) gleichfalls einhalten.

- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Versand- und Kurierdienstleistungen durch zuverlässige und geschulte Mitarbeiter ausführen zu lassen.
- (4) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die von ihm eingesetzten Personen die gesetzlichen Bestimmungen über Versand- und Kurierdienstleistungen (insbesondere GüKG) beachten und einhalten.
- (5) Der Auftragnehmer sichert ein der Dienstleistung angemessenes äußeres Erscheinungsbild zu. Darüber hinaus haben die Mitarbeiter ein Namensschild zu tragen und einen Dienstausweis mitzuführen.

§ 3 Zusammenarbeit

- (1) Die Vertragspartner verpflichten sich zur gegenseitigen Loyalität. Sie informieren sich unverzüglich wechselseitig über alle Umstände, die im Verlauf der Vertragserfüllung auftreten und die Bearbeitung beeinflussen können.
- (2) Für die Leistungserbringung während der gesamten Vertragslaufzeit verantwortliche Ansprechpartner sind folgende Personen:

(a) Für die DAK-Gesundheit (wird nach Zuschlag ergänzt):

Name: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

(b) Für den Auftragnehmer:

Name: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

- (3) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass ein deutschsprachiger Ansprechpartner für die DAK-Gesundheit während der Vertragslaufzeit zur Verfügung steht. Insbesondere wird der Auftragnehmer bei Verhinderungen des Ansprechpartners, wie insbesondere Urlaub, Kündigung des Ansprechpartners, unverzüglich einen neuen Ansprechpartner mit den jeweiligen Kontaktdaten nennen.
- (4) Die Vertragsparteien werden sich bei der Erbringung der vertraglichen Leistungen in angemessenem Umfang unterstützen, so wie es zur ordnungsgemäßen Durchführung des Vertrags erforderlich ist. Dazu gehört u.a. das vollständige und rechtzeitige Zurverfügungstellen von erforderlichen Informationen und Unterlagen.
- (5) Der Auftragnehmer führt alle Arbeiten mit größter Sorgfalt und unter Beachtung allgemeiner branchenspezifischer Grundsätze sowie unter Beachtung aller einschlägigen, allgemein anerkannten betriebswirtschaftlichen und fachlichen Grundsätze und technischen Regeln bezogen auf die individuelle Situation der DAK-Gesundheit aus.
- (6) Der Auftragnehmer stimmt sich eng mit der DAK-Gesundheit ab. Insbesondere stellt der Auftragnehmer in seinem Unternehmen eine termingerechte Ausführung der Leistung sicher. Behinderungen im Betrieb des Auftragnehmers durch höhere Gewalt, Streik, rechtlich zulässige Aussperrungen oder andere vom Auftragnehmer nicht zu vertretende Umstände berechtigen ihn nicht zum Rücktritt vom Vertrag. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, entsprechende Hinderungsgründe unverzüglich der DAK-Gesundheit mitzuteilen, die ihrerseits die Ausführungsfristen ggf. verlängert.
- (7) Auf Anforderung der DAK-Gesundheit erteilt der Auftragnehmer Auskunft über den Stand der Auftragsausführung.
- (8) Ein Streitfall zwischen der DAK-Gesundheit und dem Auftragnehmer berechtigt den Auftragnehmer nicht, die vertraglichen Leistungen einzuschränken oder einzustellen.

§ 4 Leistungsänderungen

- (1) Der Auftragnehmer trägt Änderungsverlangen der DAK-Gesundheit Rechnung, sofern ihm dies im Rahmen seiner Kapazitäten, insbesondere hinsichtlich des Aufwandes und der Zeitplanung, zumutbar ist und damit keine wesentliche Änderung des Auftrages verbunden ist.
- (2) Soweit sich die Änderungsverlangen auf die Vertragsbedingungen auswirken, insbesondere auf den Aufwand des Auftragnehmers oder den Zeitplan, vereinbaren die Parteien schriftlich eine angemessene Anpassung der Vertragsbedingungen, insbesondere die Verschiebung vereinbarter Termine sowie ggf. eine Anpassung der Vergütung. Soweit nichts anderes vereinbart ist, führt der Auftragnehmer die Arbeiten bis zur Vertragsanpassung ohne Berücksichtigung der Änderungswünsche durch.
- (3) Eine Weiterentwicklung/Anpassung der Leistungen seitens des Auftragnehmers muss während der Vertragslaufzeit gewährleistet sein.

§ 5 Vergütung, Rechnungsstellung, Preisanpassung

- (1) Die Höhe der Vergütung ergibt sich aus dem Preisblatt (**Anlage B3**). Mit den dort genannten Preisen sind alle gemäß diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen mit abgegolten. Die dort genannten Preise sind Nettopreise und werden zuzüglich der jeweils gültigen MwSt. abgerechnet.
- (2) Die Nettopreise zzgl. der gesetzlich gültigen Mehrwertsteuer verstehen sich als endgültige Preise und gelten als Festpreise für die gesamte Vertragslaufzeit. Nebenkosten des Auftragnehmers (Telefon, E-Mail etc.) werden nicht gesondert vergütet. Es werden nur tatsächlich erbrachte Leistungen vergütet, insbesondere ist die Vergütung für eine Option erst bei deren Inanspruchnahme durch die DAK-Gesundheit und Erbringung der entsprechenden Leistungen durch den Auftragnehmer zu zahlen.
- (3) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber vor Rechnungslegung via E-Mail einen Leistungsnachweis einzureichen. Adressat ist der dem Auftragnehmer mitgeteilte zuständige Ansprechpartner des Auftraggebers. Nach positiver Prüfung des Leistungsnachweises wird dem Auftragnehmer per E-Mail eine sogenannte Bestellnummer mitgeteilt, die in der Rechnung anzugeben ist.

- (4) Der Leistungsnachweis hat mindestens folgende Inhalte:
- Daten des Unternehmens (insb. Name des Unternehmens und Anzahl der Mitarbeiter)
 - Name und Kontaktdaten des Auftragnehmers
 - Vertragsnummer der DAK-Gesundheit (wird dem Auftragnehmer nach Vertragsabschluss mitgeteilt)
 - Abrechnungszeitraum
 - Vertraglich vereinbarte Abrechnungspositionen
 - Menge/Anzahl
 - Dienststellennummer
- (5) Die Zahlung erfolgt innerhalb von 14 Tagen ohne Abzüge. Die Zahlungsfrist beginnt mit dem Eingang der jeweiligen Rechnung bei dem Auftraggeber.
Die Rechnungsanschrift lautet:
- DAK-Gesundheit**
Bereich Finanzbuchhaltung (0022 10)
Postfach 10 14 44
20009 Hamburg
- (6) Die Rechnung ist ausschließlich als einzelne PDF-Datei per E-Mail bei der DAK-Gesundheit einzureichen. Je Rechnung ist eine E-Mail erforderlich. Mehrere Rechnungen dürfen nicht in einer E-Mail übermittelt werden. Die E-Mail ist ausschließlich an **invoice@dak.de** zu übermitteln; andere Empfänger dürfen (auch nicht in Kopie) aufgenommen werden. Eine postalische Zusendung der Rechnung ist nicht zulässig. Die Rechnungslegung hat zeitnah, spätestens jedoch nach Ablauf von sechs Monaten nach Erbringung der jeweiligen Leistung, zu erfolgen. Nach Ablauf dieser Frist ist die Geltendmachung von Forderungen ausgeschlossen.
- (7) Der Auftragnehmer darf nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen gegen Ansprüche der DAK-Gesundheit aufrechnen. Insbesondere ist eine Aufrechnung mit durch die Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträgen oder sonstigen Beiträgen ausgeschlossen.
- (8) Die Abtretung einer Forderung des Auftragnehmers aus diesem Vertrag ist nur mit Zustimmung der DAK-Gesundheit rechtswirksam. Der Auftragnehmer legt die Abtretungsanzeige der DAK-Gesundheit vor. Diese teilt dem Auftragnehmer und dem neuen Gläubiger ihre Entscheidung in angemessener Zeit mit.

- (9) Der Auftraggeber behält sich Änderungen im Abrechnungsprozess, insbesondere in technischer Hinsicht, vor. Der Auftragnehmer muss die Änderungen – soweit für ihn wirtschaftlich und prozessual zumutbar – ohne zusätzliche Kosten umsetzen.
- (10) Die vereinbarte Vergütung unterliegt einer Anpassung gemäß der Entwicklung folgender Preisindizes:
- Dem Preisindex für den gewerblichen Güterkraftverkehr im Straßenverkehr („Straßenverkehrspreisindex“) des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS),
 - Dem monatlichen durchschnittlichen Dieselpreis gemäß Veröffentlichungen des BAFA,
 - dem Verbraucherpreisindex (VPI) des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS)

Die Gewichtung der Indizes gestaltet sich wie folgt:

- 50 % Straßenverkehrspreisindex Güterkraftverkehr
- 30 % Dieselpreis (BAFA)
- 20 % Verbraucherpreisindex (VPI)

Die Preisanpassung wird wie folgt berechnet:

Neuer Preis = Basispreis x [1 + (rvStraßenverkehrspreis x 0,5 + rvDiesel x 0,3 + rvVPI x 0,2)]

rvStraßenverkehrspreis = relative Veränderung des Straßenverkehrspreisindex in Prozent

rvDiesel = relative Veränderung des Dieselpreises in Prozent

rvVPI = relative Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozent

Sollte einer der genannten Indizes nicht mehr veröffentlicht werden, so ist ein möglichst gleichwertiger Ersatzindex einvernehmlich zu bestimmen. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet ein von der IHK zu Hamburg u benennender Sachverständiger, dessen Kosten die Parteien hälftig tragen.

- (11) Eine Preisanpassung kann stets nur dann geltend gemacht werden, wenn der Auftragnehmer von der Änderung tatsächlich betroffen ist, d.h. sich hierdurch seine Kosten verändern. Bei der Geltendmachung einer Preiserhöhung muss der Auftragnehmer preisreduzierende Faktoren berücksichtigen.
- (12) Die Parteien können mit Beginn eines jeden Leistungsjahres (jeweils beginnend mit dem 1.9 eines Jahres bis zum 31.8. des Folgejahres), erstmals jedoch nach Ablauf eines Jahres seit Vertragsschluss, in Textform eine Anpassung der Vergütung verlangen, wenn sich einer der vorgenannten Indizes innerhalb eines Jahres seit Vertragsschluss, oder im Falle einer bereits erfolgten Preisanpassung nach dieser Klausel, innerhalb eines Jahres seit der letzten erfolgten Preisanpassung nach dieser Klausel, verändert hat. Der Auftragnehmer muss der DAK-Gesundheit die geplante Preiserhöhung spätestens 8 Wochen vor dem geplanten Zeitpunkt der Geltung der neuen Preise unter Angabe der neu geltenden Preise, der Gründe und der veränderten Kostenkalkulation schriftlich anzeigen. Die 8-Wochen-Frist beginnt erst mit Zugang aller vorgenannten Informationen bei dem Bereich Einkauf (aktuell: 001310) der DAK-Gesundheit (Nagelsweg 27-31, 20097 Hamburg) zu laufen.
- (13) Die DAK-Gesundheit wird sodann eine Anpassung des Entgelts im Einzelfall prüfen und innerhalb der 8 Wochen entscheiden bzw. dem Auftragnehmer schriftlich mitteilen, ob sie einer Preisanpassung zustimmt. Sofern weitere Erläuterungen des Auftragnehmers erforderlich werden, wendet sich die DAK-Gesundheit schriftlich (per E-Mail) an den Auftragnehmer, der die erbetene Rückmeldung innerhalb von 14 Kalendertagen geben muss.
- (14) Sollten sich die Parteien nicht bis zum Zeitpunkt der Geltung der neuen Preise auf eine Preisanpassung einigen, steht es beiden Parteien frei, den Vertrag mit einer Frist von 8 Wochen zum Monatsende zu kündigen. Das Kündigungsrecht besteht jedoch nur dann, wenn die Voraussetzungen für eine Preisanpassung tatsächlich vorliegen und die DAK-Gesundheit die Preiserhöhung zu Unrecht ablehnt.

§ 6 Vertraulichkeit und Datenschutz

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Geheimhaltung sämtlichen Wissens sowie sämtlicher Informationen und Erfahrungen, die im Zusammenhang mit dem auszuführenden Auftrag bekannt werden. Diese Schweigepflicht besteht über die

Gesamtheit der übersetzten Gesprächsinhalte sowie zusätzlicher Informationen auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.

- (2) Unterlagen, die der Auftragnehmer im Rahmen seiner Mitarbeit erhalten hat, sind von ihm sorgfältig und gegen die Einsichtnahme Dritter geschützt aufzubewahren. Der Auftragnehmer verpflichtet sich alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, so dass Unbefugte keine Einsicht in die Unterlagen nehmen können.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, über den Inhalt dieses Vertrages absolutes Stillschweigen zu bewahren und die im Rahmen dieses Vertrages von der DAK-Gesundheit zugänglich gemachten Informationen sowie Kenntnisse und Daten, die er anlässlich der Erfüllung des Vertrags oder bei Gelegenheit erlangt, ausschließlich zum Zwecke dieser Vertragserfüllung zu verwenden, vertraulich zu behandeln und während der Dauer sowie nach Beendigung dieses Vertrages nicht zu anderen Zwecken zu nutzen oder Dritten zugänglich oder bekannt zu machen.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die für die DAK-Gesundheit maßgeblichen Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), den Sozialgesetzbüchern (SGB), Gesetz zum Schutze von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) und dem Strafgesetzbuch (StGB) sowie die einschlägigen Vorschriften zur Datensicherheit zu beachten, insbesondere
 - ihm zur Kenntnis kommende Sozialdaten sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und nur im Rahmen der Auftragserfüllung zu verarbeiten,
 - nur Personal einzusetzen, das schriftlich auf das Sozialgeheimnis gemäß § 35 Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I) verpflichtet wurde (Verpflichtungserklärung über den Datenschutz und gesetzliche Bestimmungen),
 - mit der gebotenen Sorgfalt darauf hinzuwirken, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung dieses Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten und die aus dem Bereich der DAK-Gesundheit erlangten Informationen nicht an Dritte weitergeben oder sonst verwerten,

- die betroffenen Mitarbeiter über das „Merkblatt zu maßgeblichen Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), den Sozialgesetzbüchern (SGB), Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) und dem Strafgesetzbuch (StGB)“ sachgerecht zu informieren.
- (5) Der Auftragnehmer verpflichtet sich darüber hinaus, während seiner Geschäftszeiten einem von der DAK-Gesundheit Beauftragten die o. a. Verpflichtungen seiner im Rahmen des Vertrages mit der DAK-Gesundheit eingesetzten Beschäftigten auf Verlangen vorzulegen. Hierzu bedarf es keiner vorherigen Ankündigung seitens der DAK-Gesundheit.
- (6) Für den Fall, dass der Auftragnehmer aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gerichtlicher Anweisungen verpflichtet ist, vertrauliche Informationen an Dritte weiterzugeben, informiert er die DAK-Gesundheit davon unverzüglich, damit diese die Möglichkeit hat, rechtliche Schritte gegen die Weitergabeverpflichtung einzuleiten.
- (7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Prüfungen in seinem Hause durch die Revision der DAK-Gesundheit zu dulden. Die Durchführung solcher Prüfungen wird mit dem Auftragnehmer abgestimmt.

§ 7 Haftung

- (1) Die Vertragspartner haften nach den gesetzlichen Vorschriften. Dabei haftet die DAK-Gesundheit wegen Verletzung vertraglicher und außervertraglicher Pflichten nur in Fällen des Vorsatzes und grober Fahrlässigkeit, beschränkt auf den bei Vertragsschluss vorhersehbaren, typischen Schaden. Diese Haftungsbeschränkungen gelten nicht bei schuldhaftem Verstoß gegen wesentliche (zur Erreichung des Vertragszwecks zwingend erforderliche) Vertragspflichten, in Fällen zwingender Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz sowie bei Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit.
- (2) Der Auftragnehmer gewährleistet die sorgfältige und fristgerechte Abwicklung der sich aus diesem Vertrag und den einzelnen Arbeitsaufträgen ergebenden Aufgaben. Ein

Streitfall berechtigt den Auftragnehmer nicht, die vertraglichen Leistungen einzuschränken oder einzustellen.

- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf etwaige rechtliche Risiken der Leistungserbringung hinzuweisen. Unterlässt der Auftragnehmer diese Hinweispflicht, obwohl er das Risiko hätte kennen müssen, trifft ihn ein Mitverschulden an einem aus der Leistungserbringung entstandenen Rechtsverstoß gesetzlicher Bestimmungen.
- (4) Wird die Leistung nicht vertragsgemäß oder fehlerhaft erbracht und hat der Auftragnehmer dies zu vertreten, so ist er verpflichtet, die Leistung ohne Mehrkosten für die DAK-Gesundheit innerhalb einer angemessenen Frist vertragsgemäß zu erbringen. Voraussetzung ist eine Rüge der DAK-Gesundheit, die unverzüglich zu erfolgen hat, spätestens innerhalb von 2 Wochen nach Kenntnis. Der Auftragnehmer hat innerhalb von 48 Stunden Stellung zu der Rüge zu nehmen. Gelingt die vertragsgemäße Erbringung der Leistung aus von dem Auftragnehmer zu vertretenden Gründen auch innerhalb einer der DAK-Gesundheit ausdrücklich zu setzenden angemessenen Nachfrist in wesentlichen Teilen nicht, ist die DAK-Gesundheit berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen. In diesem Falle hat der Auftragnehmer Anspruch auf Vergütung für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung aufgrund des Vertrages ordnungsgemäß erbrachten Leistungen. Die Vergütung entfällt für solche Leistungen, für die die DAK-Gesundheit innerhalb von 4 Wochen nach Erklärung der Kündigung nachweist, dass sie für sie nicht nutzbar und ohne Interesse sind.
Macht die DAK-Gesundheit von ihrem Kündigungsrecht nicht Gebrauch, kann sie anstelle des Auftragnehmers ein anderes Dienstleistungsunternehmen mit der Leistungserbringung beauftragen. Die dabei entstehenden Mehrkosten gehen zu Lasten des Auftragnehmers.
- (5) Weitergehende Ansprüche der DAK-Gesundheit wegen qualitativer Leistungsstörungen bleiben unberührt.
- (6) Der Auftragnehmer haftet gegenüber der DAK-Gesundheit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für Schäden, die infolge schuldhaften Verhaltens gegen Datenschutzbestimmungen und gegen diese Datenschutzvereinbarung entstehen. Ebenso haftet er für schuldhaftes Verhalten seiner Unterauftragnehmer sowie deren Unterauftragnehmer.

- (7) Die DAK-Gesundheit und der Auftragnehmer haften gegenüber betroffenen Personen entsprechend der in Art. 82 DS-GVO getroffenen Regelung.

§ 8 Vertragslaufzeit und Kündigung

- (1) Die Laufzeit dieses Vertrages beginnt am 01.09.2026 und endet am 31.08.2028, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Eine stillschweigende Verlängerung des Vertrages findet nicht statt.
- (2) Die DAK-Gesundheit hat das Recht, die Laufzeit dieses Vertrages zweimal um je 1 Jahr bis zu einer maximalen Laufzeit bis zum 31.08.2030 zu verlängern. Die DAK-Gesundheit teilt dem Auftragnehmer spätestens 3 Monate vor Ablauf des zweiten bzw. dritten Vertragsjahres (31.05.) schriftlich mit, ob sie von der Verlängerungsoption Gebrauch macht.
- (3) Die DAK-Gesundheit kann den Vertrag mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten jeweils zum Monatsende kündigen. Die Kündigung kann jedoch frühestens zum Ende des 1. Vertragsjahres (31.08.2027) ausgesprochen werden.
- (4) Abweichend von Abs. 1, 2 und 3 endet dieser Vertrag mit dem Erreichen des maximalen Beschaffungs- bzw. Vertragsvolumen in Höhe von 168.000 Euro brutto. Das Beschaffungs- bzw. Vertragsvolumen errechnet sich aus sämtlichen Abrufen und Zahlungen aus und im Zusammenhang mit Vertrag. Der Höchstwert stellt die Obergrenze dar, bis zu dessen Höhe der Auftraggeber abrufberechtigt, jedoch nicht abrufverpflichtet.
- (5) Unbeschadet der gesetzlichen Regelungen kann die DAK-Gesundheit diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Frist außerordentlich kündigen,
- (a) wenn der Auftragnehmer die in der Leistungsbeschreibung festgelegten Leistungsanforderungen schwerwiegend und dauerhaft nicht einhält, oder
- (b) wenn der Auftragnehmer bei den Nachweisen und Erklärungen zur Eignung des Auftragnehmers vorsätzlich oder grob fahrlässig unwahre Angaben gemacht hat, oder

- (c) wenn der Auftragnehmer bei den Angaben zum Leistungsgegenstand und/ oder zur Leistungserbringung vorsätzlich oder grob fahrlässig unwahre Angaben gemacht hat, oder
- (d) wenn aufsichtsrechtliche, vergaberechtliche, haushaltsrechtliche oder sonstige gesetzliche Bestimmungen der Erfüllung dieses Vertrags entgegenstehen,
- (e) wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragnehmers gegen vertragliche Bestimmungen über die Vertraulichkeit oder den Datenschutz vorliegt, oder
- (f) über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt ist, dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt, oder
- (g) Ausschlussgründe i.S.d. §§ 123, 124 GWB vorliegen. Ausschlussgrund ist insbesondere die Gewährung von Vorteilen i. S. d. §§ 333 und 334 StGB sowie die vorsätzliche Abgabe von unzutreffenden Erklärungen in Bezug auf Eignung sowie Fachkunde und Leistungsfähigkeit seitens des Auftragnehmers, oder
- (h) es sich nachträglich herausstellt, dass bei Vertragsschluss ein vergaberechtlicher Ausschlussgrund i.S.d. §§ 123 oder 124 GWB vorlag oder ein solcher Ausschlussgrund nach Vertragsschluss entsteht/entstanden ist, oder
- (i) sich nachträglich die Eignung des Auftragnehmers während der Vertragslaufzeit wegfällt, oder
- (j) wenn aufgrund eines Verhaltens des Auftragnehmers oder mit ihm verbundener Unternehmen oder von ihm eingesetzter Unternehmen bzw. Personen eine Berichterstattung in der Öffentlichkeit zu besorgen ist, welche das Ansehen der DAK-G beeinträchtigt oder beeinträchtigen könnte (z.B. Kinderarbeit, Korruptionsvorwürfe, Imageschädigungen, Lohndumping, Volksverhetzung oder andere diskriminierende Schmähungen etc.), oder

- (k) vor Vertragsschluss gemachte Angaben des Auftragnehmers entgegen seiner im Angebot abgegebenen Versicherung nicht zutreffend waren oder erforderliche Informationen (etwa ein beabsichtigter Nachunternehmereinsatz) des Auftragnehmers nach dieser Vereinbarung von den dafür in seinem Betrieb zuständigen Mitarbeitern wissentlich unterbleiben oder von diesen vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht zutreffend erteilt werden.
- (6) Im Fall einer Veränderung der Kassenstruktur (z.B. wesentliche organisatorische Änderungen sowie Fusion) besteht für die DAK-Gesundheit gleichsam das Recht zur außerordentlichen Kündigung. Die DAK-Gesundheit wird den Auftragnehmer frühzeitig, d.h. unverzüglich nach Kenntnis über entsprechende Veränderungen informieren. Die DAK-Gesundheit erstattet dem Auftragnehmer in diesem Fall bereits vertragsgemäß erbrachte Leistungen.
- (7) Jegliche Kündigung dieses Vertrages bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (8) Die Kündigung aus wichtigem Grund muss spätestens einen Monat nach Kenntnis vom Kündigungsgrund erklärt werden. Maßgeblich für die Rechtzeitigkeit ist der Zugang der Kündigungserklärung bei dem Auftragnehmer. Das Vertragsverhältnis endet in diesem Fall mit sofortiger Wirkung.
- (9) Im Falle der Kündigung ist die bisherige Leistung, soweit wie vereinbart erbracht, nach den Vertragspreisen oder nach dem Verhältnis des geleisteten Teils zu der gesamten vertraglichen Leistung auf der Grundlage der Vertragspreise abzurechnen. Die gesetzlichen Regelungen über den Rücktritt bleiben unberührt.
- (10) Weitergehende Ansprüche des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, insbesondere besteht kein Anspruch auf Vergütung noch nicht erbrachter Leistungen

§ 9 Herausgabeverpflichtung

- (1) Nach Beendigung des Auftrages hat der Auftragnehmer alle ihm im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung seitens der DAK-Gesundheit zur Verfügung gestellten Unterlagen unentgeltlich auf Verlangen an die DAK-Gesundheit zurückzugeben. Ferner gibt der

Auftragnehmer auf Verlangen sämtliche eigens zur Vertragserfüllung erstellten Arbeitsergebnisse an die DAK-Gesundheit heraus.

- (2) Sofern und soweit die DAK-Gesundheit von ihrem Herausgabeanspruch nach § 9 Abs. 1 dieses Vertrages keinen Gebrauch macht, wird der Auftragnehmer alle Unterlagen für die Dauer von 3 Jahren aufbewahren. In einer besonderen Vereinbarung kann die datenschutzrechtlich korrekte Vernichtung der Unterlagen durch den Auftragnehmer mit der DAK-Gesundheit schriftlich vereinbart werden.
- (3) Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages steht dem Auftragnehmer kein Zurückbehaltungsrecht an den Unterlagen und den Arbeitsergebnissen zu.

§ 10 Compliance

- (1) Beide Vertragspartner verpflichten sich selbst und ihre Nachunternehmer, geltendes Recht einzuhalten. Beide Vertragspartner sind zudem verpflichtet, alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen zur Korruptionsprävention zu ergreifen und insbesondere zu keinem Zeitpunkt weder unmittelbar noch mittelbar Zuwendungen oder sonstige Vorteile (z.B. Geld, geldwerte Geschenke oder Einladungen, die keinen überwiegenden geschäftlichen Charakter haben) Mitarbeitenden der jeweiligen anderen Vertragspartner oder deren Angehörigen anzubieten, zu versprechen oder zu gewähren.
- (2) Bei dem Verdacht eines Verstoßes gegen diese Verpflichtungen haben die Vertragspartner unverzüglich Aufklärungsmaßnahmen zu ergreifen und hierüber zu informieren. Bei dem Verdacht eines Verstoßes gegen diese Verpflichtungen haben die Vertragspartner unverzüglich Aufklärungsmaßnahmen zu ergreifen und hierüber zu informieren. Bei einem festgestellten Verstoß gegen diese Verpflichtungen sind beide Parteien berechtigt, nach vorheriger erfolgloser schriftlicher Abmahnung, alle bestehenden Verträge mit dem Vertragspartner außerordentlich fristlos zu kündigen. Im Falle eines schwerwiegenden Verstoßes ist eine vorherige Abmahnung nicht erforderlich. Bei Ausspruch der außerordentlichen fristlosen Kündigung halten sich die Vertragspartner von allen Schäden, Verlusten, Zurückhaltung von Zahlungen, Forderungen und Ansprüchen Dritter, die sich aus oder im Zusammenhang mit der Kündigung ergeben, vollumfänglich frei und schadlos.

- (3) Die Vertragspartner haben zudem jederzeit das Recht, compliance-relevante interne Regelungen/ Unterlagen des Vertragspartners (z.B. code of conduct/ Verhaltenskodex oder Richtlinie zur Korruptionsprävention) zur Einsicht und Prüfung einzufordern.

§ 11 Force Majeure Klausel

- (1) Sollte die Leistungserbringung durch den Auftragnehmer bzw. die Leistungsannahme durch die DAK-Gesundheit aufgrund von höherer Gewalt bzw. aufgrund von unvorhersehbaren, unabwendbaren und schwerwiegenden Ereignissen unmöglich oder unzumutbar geworden sein oder die DAK-Gesundheit für die Dauer der Ereignisse keinen Bedarf an einer Leistungserbringung hat, so sind beide Vertragspartner für die Dauer der Ereignisse von der Leistungspflicht befreit. Dies gilt bezüglich der Zahlungspflicht auch für evtl. Fixkosten, Ersatz von Einkommensausfällen und entgangenem Gewinn, es sei denn, die Vertragspartner beschließen schriftlich ein abweichendes Vorgehen.
- (2) Der Auftragnehmer bzw. die DAK-Gesundheit ist verpflichtet, die DAK-Gesundheit bzw. den Auftragnehmer innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Kenntnis des Eintritts der Ereignisse darüber zu informieren.
- (3) Das weitere Vorgehen richtet sich grundsätzlich nach der Dauer dieser Ereignisse. Die Vertragspartner können sich [1] auf [a] eine Vertragsauflösung oder [b] eine Aussetzung der Vertragspflichten für die Dauer der Ereignisse einigen oder [2] die Vertragspartner können eine bestimmte Zeitspanne festsetzen, innerhalb derer die Vertragspflichten ausgesetzt werden, und [3] - wenn das Ereignis über eine bestimmte Zeitspanne hinausläuft - hat jede Partei ein Kündigungsrecht oder [4] der Vertrag wird aufgelöst.
- (4) Grundsätzlich einigen sich die Vertragsparteien bezüglich des weiteren Vorgehens. Sollte keine gemeinsame Lösung gefunden werden, kann die DAK-Gesundheit entscheiden, wie weiter verfahren werden soll.

§ 12 Einkaufsverbot gemäß Art. 3i der VERORDNUNG (EU) 833/2014 DES RATES

- (1) In Art. 3i der betroffenen Verordnung (EU) 833/2014 des Rates der Europäischen Union (zuletzt geändert durch Verordnung 2022/576 vom 08.04.2022) sind nunmehr Restriktionen geschaffen worden, die durch den/die Auftragnehmer vollumfänglich zwingend einzuhalten sind. Dies betrifft u.a. den Erwerb von bestimmten Gütern im

Anhang XXI zur Verordnung aufgelisteten Gütern und Technologien, wenn sie ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt werden. Weiterhin sind nach Art. 3i Abs. 2 auch verschiedene Dienstleistungen/Tätigkeiten im Zusammenhang mit Gütern und Technologien nach Abs. 1 sowie Finanzmittel oder Finanzhilfen im Zusammenhang mit den Gütern und Technologien nach Abs. 1 bzw. damit zusammenhängender Dienstleistungen/Tätigkeiten betroffen.

- (2) Der/die Auftragnehmer muss daher Art. 3i der Verordnung (EU) 833/2014 des Rates kennen und die Leistungen unter Einhaltung der dortigen Regelungen erbringen. Sein/ihr Angebot hat der/die Auftragnehmer unter Kenntnis und vollumfänglicher Berücksichtigung der Regelungen von Art. 3i der Verordnung (EU) 833/2014 kalkuliert und abgegeben. Preisanpassungen aus diesem Grund sind daher ausgeschlossen.
- (3) Auf die Übergangsfrist in Art. 3i Abs. 3 bzw. die Ausnahmeregelung in Art. 3i Abs. 4 wird hingewiesen.
- (4) Werden die Leistungen durch den/die Auftragnehmer unter Verstoß gegen die voranstehenden Verpflichtungen erbracht, besteht ein Recht zur Kündigung ohne Einhaltung einer Frist nach § 9 Abs. 4 (e) dieses Vertrags. Gleichfalls wird darauf hingewiesen, dass die DAK-Gesundheit die Verordnung als gesetzliches Verbot nach § 134 BGB mit den daraus resultierenden Rechtsfolgen einstuft.

§ 13 Anti-Diskriminierungsklausel

Die DAK-Gesundheit legt besonderen Wert auf ein „Gesundes Miteinander“. Daher haben Werte wie Gleichberechtigung und Toleranz einen hohen Stellenwert für die DAK-Gesundheit. Die DAK-Gesundheit verurteilt Diskriminierung in allen Ihren Formen, insbesondere Rassismus und Sexismus. Diese Haltung erwartet die DAK-Gesundheit gleichsam von ihren Auftragnehmenden. Vor diesem Hintergrund vereinbaren die Parteien Folgendes:

- (1) Sollte sich eine Vertragspartei oder eine ihrer Mitarbeitenden im Rahmen der mit diesem Vertrag vereinbarten Lieferungen/Leistungen diskriminierend äußern oder verhalten, verpflichtet sich die jeweilige Vertragspartei auf Mitteilung des Vorfalls durch die jeweils andere Vertragspartei hin auf eigene Kosten einen Workshop oder eine Schulung oder

eine sonstige vergleichbare Maßnahme mit ihren Mitarbeitenden durchführen zu lassen, die zur Aufklärung über diskriminierendes Verhalten und Wortwahl beiträgt.

- (2) Diskriminierung ist jede auf rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder Weltanschauliche Überzeugungen, auf Geschlecht- oder Gender-Zugehörigkeit, gesundheitlichem Zustand beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die es zum Ziel oder zur Folge hat, dass ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.
- (3) Eine Äußerung im Sinne dieses Vertrages gilt als diskriminierend, wenn sich die/der Betroffene durch sie verletzt oder beleidigt fühlt und ein Bezug zwischen die Äußerung und der in der Absatz 2 genannten Definition hergestellt werden kann.
- (4) Kommt die jeweilige Vertragspartei der vorstehenden Verpflichtung bzgl. einer der oben genannten Maßnahmen schuldhaft nicht nach oder verhält sich bzw. ihre Mitarbeitenden sich wiederholt diskriminierend, hat die jeweils andere Vertragspartner das Recht, diesen Vertrag außerordentlich aus wichtigem Grund zu kündigen. In besonders schwerwiegenden Fällen besteht ein sofortiges Kündigungsrecht ohne die vorherige Durchführung der oben genannten Maßnahmen. Ein Anspruch auf Vergütung besteht in bei einer Kündigung gemäß dieser Regelung nur für erbrachte Lieferung/Leistungen.

§ 14 Schlussbestimmungen

- (1) Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht.
- (2) Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Soweit in diesem Vertrag oder in anderen Vertragsbestandteilen auf ein Schriftformerfordernis abgestellt wird, ist mit Ausnahme von Kündigungsschreiben die Textform im Sinne von § 126b BGB zur Wahrung der Schriftform ausreichend.
- (3) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien werden die unwirksame oder undurchführbare

Bestimmung durch eine wirksame, durchführbare Bestimmung ersetzen, die dem gewolltem am nächsten kommt. Gleiches gilt für etwaige Regelungslücken.

- (4) Gerichtsstand für alle aus dem Vertragsverhältnis erwachsenden Ansprüchen und Rechtsstreitigkeiten ist ausschließlich Hamburg.
- (5) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil, sofern nicht etwas anderes geregelt wurde. Sämtliche Änderungen und Einschränkungen, die der Auftragnehmer in seinem Angebot im Hinblick auf die Ausschreibungsunterlagen und die Vorgaben der DAK-Gesundheit macht, werden nicht Vertragsinhalt.
- (6) Veröffentlichungen, Pressearbeit, Werbung und jegliche sonstige Kommunikation über den Vertrag und/oder den Vertragsgegenstand - egal in welcher Form (z.B. Referenzen) oder über welches Medium (z.B. Internet) - dürfen nur nach vorheriger Abstimmung mit der DAK-Gesundheit und nach schriftlicher Freigabe durch die DAK-Gesundheit erfolgen. Die namentliche Nennung der DAK-Gesundheit in Publikationen oder in sonstiger Weise gegenüber Dritten im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der DAK-Gesundheit zulässig. Gleiches gilt für Werbung. Der Auftragnehmer darf den Namen der DAK-Gesundheit nur nach vorheriger Zustimmung für Werbezwecke benutzen.
- (7) Vertrags- und Geschäftssprache ist deutsch.

§ 15 Vertragsbestandteile

Vertragsbestandteile sind - bei Widersprüchen - in dem Rang der Reihenfolge ihrer Aufzählung:

- dieser Vertrag inklusive seiner Anlagen
- Anlage – B0a_ Bieterfragenkatalog in der bei Angebotsfrist geltenden Fassung
- Anlage – B1_Leistungsbeschreibung
- Anlage – B3_Preisblatt
- Anlage – B4_Hinweise und Verpflichtungserklärung Datenschutz
- Konzept des Bieters